

**Eva-Maria u.  
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Julius-Leber-Str. 2  
33332 Gütersloh  
Tel.: 05241/55803  
Fax: 05241/9975313  
E-Mail:  
hd.base@gmx.net  
Internet:  
www.hansdietrich.de

Einschreiben

An die Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh  
Frau Maria Unger  
Berliner Straße 70

33330 Gütersloh

24.07.2009

**Offener Brief!**

Sehr geehrte Frau Unger,

vor gut einem Jahr hatten wir Sie und den Rat der Stadt Gütersloh in einem Offenen Brief über wirtschaftskriminelle Machenschaften, in die die Firma Miele verstrickt ist, informiert.

Gleichzeitig hatten wir auf die hier in NRW fehlende Rechtssicherheit hingewiesen, die durch die Ihnen geschilderte Nichtverfolgung von Parteiverrat und Rechtsbeugung offensichtlich wird. Wir hatten Sie und den Rat nach Maßnahmen gefragt, mit denen die Stadt diesen Standort vor derartigen Machenschaften schützen will, damit er – darauf weist der BDI, wie Sie wissen, zu Recht hin – „langfristig keinen Schaden“ nimmt. Und wir hatten um Hinweise gebeten, die uns „in unserem Bemühen um Rechtssicherheit weiterhelfen könnten.“

Eine Antwort auf unsere Frage oder gar weiterhelfende Hinweise haben wir bis heute von Ihnen nicht erhalten. Erst nach einem Erinnerungsschreiben hatten Sie sich zu einer mehr als dürftigen 3-zeiligen E-Mail durchgerungen, in der Sie mitteilten, dass Sie „keinen Bezug zu den Aufgaben der Stadt“ haben „erkennen können“ und „die Angelegenheit“ von Ihnen „nicht weiter bearbeitet“ würde. Von einer Weiterbearbeitung haben wir jedoch nie gesprochen, denn dafür ist nach unserer Auffassung noch immer die Justiz zuständig.

Erstaunlich finden wir allerdings, dass Sie „keinen Bezug“ sehen, umgekehrt aber so einige Ihrer Parteifreunde u.a. auch Ratsmitglieder den „Bezug“ sahen und mithalfen, unsere wirtschaftliche Grundlage zu ruinieren. Lesen Sie bitte einmal aufmerksam den beigefügten Offenen Brief an ihren Parteivorsitzenden, Herrn Müntefering (Anl. 1). Die wesentlichsten Anlagen sind Ihnen bereits im vergangenen Jahr zugegangen, so dass wir auf eine erneute Zusendung verzichten.

In dem Brief wird deutlich, mit welcher Intensität gerade SPD-Mitglieder versucht haben und noch immer versuchen, unsere Leistung zu beschädigen, indem sie u.a. zuließen, dass Erfindungsmeldungen wirtschaftlich unbrauchbar gemacht wurden und momentan nicht bereit sind, diese Straftaten zu verfolgen. Währenddessen verdient sich jedoch das Miele-Betriebsratsmitglied (zumindest 1993) sowie Ihr Partei- und Ratskollege, Herr Schrader, eine `goldene Nase`. Auf dem beiliegenden Auszug der europäischen Patentanmeldung (Anl. 2) wird er neben den damaligen Geschäftsführenden Gesellschaftern, Herrn R. Miele und Herrn Dr. P. Zinkann, als Miterfinder genannt.

Die Anmeldung EP 500100 erfolgte immerhin 5 Jahre später – 1993 – als die uns überschriebene P 3830737.5. Sie basiert allerdings auf ähnlichen Grundgedanken und besitzt eine mehr als fragwürdige Prioritätsanmeldung. Denn selbst nach Angaben der Miele-Patentabteilung – mit Mitteilung vom DPMA München (Anl. 3) – gilt sie als zurückgenommen.

Das europäische Patentamt schrieb uns über unseren Anwalt dazu: „Allerdings ist die Inanspruchnahme einer Priorität gemäß Artikel 87 (1) EPÜ nur dann berechtigt, wenn es sich um die erste Anmeldung des Anmelders handelt. Nach dem von Ihnen vorgelegten Sachverhalt kann möglicherweise die deutsche Anmeldung P 4227644.6 wegen der früheren Anmeldung P 3830737.5 nicht als erste Anmeldung angesehen werden. ...“

Fürchtet hier also ein SPD-Ratsmitglied um eine zusätzlich sprudelnde Einnahmequelle, so wie die Firma Miele um das auf wackligem Fundament stehende Patent bangt?

Begründet sich daraus etwa dieses gemeinsame Interesse, unsere Leistung nicht anzuerkennen?

Und verhindert der bestehende, intensive „Austausch“, den Sie „als offen, sehr vertrauensvoll, von persönlicher Sympathie geprägt“ (so in Ihrem Interview im Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Firma Miele, Seite 40) beschreiben, die Umsetzung Ihrer angegebenen Bestrebungen?

Schließlich heißt es auf Ihrer Homepage u.a.:

„Seit 14 Jahren setze ich mich als Bürgermeisterin für die Weiterentwicklung unserer Stadt – für ein lebens- und liebenswertes Gütersloh ein.

Zusammen mit vielen Menschen in Rat und Verwaltung, mit Vereinen und Organisationen, mit einzelnen Engagierten innerhalb und außerhalb von Politik strebe ich eine Gesellschaft an, in der alle ihr Leben selbst bestimmt gestalten können. Jeder und jede muss in unserer Stadt die Chancen haben, die er für seine persönliche Entwicklung braucht und die ihm und ihr die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Als Bürgermeisterin für Gütersloh möchte ich mich auch zukünftig für die soziale Sicherheit, für wirtschaftliche Entwicklung und eine Generationen gerechte Klimapolitik in Gütersloh einsetzen.“

und

„Nur wer sich im beruflichen und privaten Umfeld versorgt und sicher fühlt, baut sich in Gütersloh ein Haus, gründet eine Familie, engagiert sich ehrenamtlich und kann hier in Würde alt werden.“

Wenn wir uns Ihre 3-zeilige E-Mail des vergangenen Jahres ansehen, dann spüren wir nicht einmal den Hauch eines Einsatzes für die von Ihnen angegebenen Ziele. Im Gegensatz dazu hatte ein Ratsmitglied vom Bündnis 90/Die Grünen sich in den Jahren 2000 – 2002 wirklich intensiv u.a. bei dem damaligen NRW-Justizminister, Herrn Dieckmann (SPD), um eine rechtsstaatliche Klärung bemüht – allerdings eben ohne Erfolg.

Es waren und sind besonders SPD-Mitglieder, wie zuvor schon erwähnt, die einer auf dem Grundgesetz basierenden Lösung entgegenstehen (wir verweisen noch einmal auf den Offenen Brief an Herrn Müntefering). Dabei hat auch Ihre Partei im Mai diesen Jahres den 60. Jahrestag zur Verkündung des Grundgesetzes groß herausgestellt und kräftig mitgefeiert. Man sollte also annehmen, dass die Gesellschaft, die Sie anstreben, eigentlich schon besteht. Mit Ihrem Anstreben deuten Sie jedoch an, dass dieser Zustand in Gütersloh noch nicht existiert. Dem können wir nur zustimmen.

Und wenn wir die vielen anderen Berichte in den unterschiedlichsten Medien sehen, hören und lesen, dann müssen wir im Moment feststellen, dass der ehemalige Richter am OLG Köln, Herr Dr. Schneider, Recht hat. In seiner Festschrift „Der Niedergang des Rechtsstaates“ kommt er letztlich zu dem Schluss: „Und so bleibt am Ende die Erkenntnis: Ein Rechtsstaat, wie er den Verfassern des Grundgesetzes vorgeschwebt hat, den haben wir nicht, und wir entfernen uns ständig weiter von diesem Ideal.“

<http://www.hu-hessen.de/mr/homepage/justiz/info.php?id=134>

Sehr geehrte Frau Unger, die Chance, die Sie allen Gütersloher Bürgern und Bürgerinnen auf Ihrer Homepage versprechen, die haben wir in Gütersloh jedenfalls noch nicht erhalten und wir möchten von Ihnen gerne wissen, wann wir damit rechnen können. Es wird sicherlich auch viele andere GütersloherInnen gerade jetzt vor der Kommunalwahl interessieren, wie „**offen**“, „**ehrlich**“ und „**gut**“ Sie es meinen.

Für Ihre Antwort vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Eva – Maria Dietrich

Hans Dietrich

3 Anlagen, wie im Text angegeben

P.S.: Den Brief veröffentlichen wir auf unserer Homepage [www.hansdietrich.de](http://www.hansdietrich.de) unter „aktuelles“, und zusätzlich informieren wir die örtliche und überörtliche Presse sowie einige Organisationen.